

Notizen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **15 (1923)**

Heft 7

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Arbeitsmarkt, mit dem Arbeitsnachweis, mit den Arbeitskonflikten, mit der internationalen Arbeitsorganisation und mit den Beziehungen zu ausländischen Arbeitgeberorganisationen.

Eine Uebersicht über einige für die Arbeitgeberschaft wichtige Teile der Bundesverwaltung sowie Tabellen über Streiks und Aussperrungen schliessen den Bericht ab.

Schweizerischer Gewerbeverband. Der Zentralvorstand des Schweizerischen Gewerbeverbandes orientiert in einem 115 Seiten umfassenden Bericht über seine Tätigkeit im Jahre 1922. Der erste Teil enthält den Bericht der Zentralleitung und der verschiedenen Verhandlungsorgane und die Jahresrechnungen. Der zweite Teil ist den gewerblichen und wirtschaftlichen Zeitfragen gewidmet. Im dritten Teil sind die Berichte der Sektionen enthalten. Vervollständigt wird der Bericht durch eine Uebersicht über die Sektionsbestände. Ende 1922 gehörten dem Gewerbeverband an 62 Lokalverbände mit 7547 Mitgliedern, 17 kantonale Verbände und 79 Berufsverbände mit zusammen 118,770 Mitgliedern. Eine genaue Uebersicht über die Mitgliederzahl lässt sich immerhin aus diesen Angaben nicht ersehen, da die Mitglieder, die gleichzeitig zwei Organisationen angehören, nicht ausgeschieden werden können.



Aus andern Organisationen.

Schweizerischer kaufmännischer Verein. Am 1. Juni hat der Schweizerische kaufmännische Verein zur Feier seines 50jährigen Bestehens dem «Kaufmännischen Zentralblatt» eine Festnummer beigelegt, die über die Entwicklung der Organisation und ihrer Institutionen eingehend orientiert. Eine Arbeit von Zentralsekretär K. Stoll enthält einen historischen Rückblick, eine Uebersicht über die Entwicklung der Bildungsinstitutionen, über Unterstützungseinrichtungen und über die wirtschafts- und sozialpolitische Stellung. Zentralsekretär Schmid-Rüdin berichtet in ausführlicher Weise über die standespolitische Entwicklung und Tätigkeit des S. K. V. Arbeiten über die Entwicklung des «Kaufmännischen Zentralblattes» und über die Stellenvermittlung vervollständigen das Bild.

Der S. K. V. ist im Jahre 1873 als Schweiz. Verein junger Kaufleute gegründet worden; er zählte damals 19 Sektionen mit 1431 Mitgliedern. Die Mitgliederzahl stieg langsam aber stetig und erreichte 1910 die Zahl 15,962, die sich auf 88 Sektionen verteilten. Gegen Ende des Weltkrieges und in der Nachkriegszeit stieg die Mitgliederzahl stark an und erreichte 1921 mit 29,367 ihren Höchststand. Inzwischen ist sie auf 25,450 zurückgegangen.

Der S. K. V. war in den ersten Jahrzehnten seines Bestehens eine reine Bildungsinstitution; erst mit der Ausbreitung des Grossbetriebes wurde er gezwungen, die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder zu vertreten. Die Entwicklung zum «standespolitischen» Verband ging allerdings äusserst langsam vor sich; der S. K. V. setzte sich eben aus Angestellten und Arbeitgebern zusammen, und es gelang den letztern nur zu oft, unter Berufung auf die Standesinteressen, die Angestellten vor ihren Karren zu spannen. Erst im Jahre 1918 beschloss die Delegiertenversammlung die Zulassung von Frauen zum Kaufmännischen Verein, also zu einem Zeitpunkt, als diese bereits in grosser Zahl die Bureau- und Handelsbetriebe füllten und als billige Arbeitskräfte die Existenz der gelernten kaufmännischen Angestellten bedrohten. Im Jahre darauf, endlich, bekannte sich der Kaufmännische Verein als reine Angestelltenorganisation, indem er beschloss, Arbeitneh-

mer, die nicht bereits als Angestellte im K. V. organisiert waren, nicht mehr in den Verband aufzunehmen. Mit der Annahme der gewerkschaftlichen Thesen durch die Delegiertenversammlung in Appenzell (1922) hat diese Entwicklung vorerst ihren Abschluss gefunden.

Bevor aber der Schweiz. kaufmännische Verein die Interessen der Angestellten wirksam zu vertreten vermag, muss in seinen Reihen eine wesentliche Klärung eintreten. Namentlich müssen die kaufmännischen Angestellten erkennen, dass auch der Kampf um ihre Besserstellung eine Machtfrage ist, die nur dann zu ihren Gunsten entschieden werden wird, wenn sie Seite an Seite mit denen kämpfen, die ihrer wirtschaftlichen Stellung nach gleichgerichtete Interessen haben: Mit den Arbeitern. Damit ist eine Abklärung des Begriffes «Standespolitik» verbunden. Es gibt keinen einheitlichen «Angestelltenstand», dessen Interessen durch eine einheitliche «Politik» vertreten werden könnten. Der «Stand» ist ein *gesellschaftlicher* Begriff, ihm gehören sowohl Arbeitgeber als Arbeitnehmer an. Der Kaufmännische Verein als Angestelltenorganisation umfasst eine ihrer *wirtschaftlichen* Lage nach genau umgrenzte Gruppe von Wirtschaftssubjekten, und seine Tätigkeit muss sich nach wirtschaftlichen, nicht nach gesellschaftlichen Gesichtspunkten richten. Nur dann wird sich aus dem S. K. V. eine schlagkräftige Organisation entwickeln können.



Notizen.

Muss denn immer polemisiert werden? Den guten Freunden, die der Meinung sind, man solle gegen den «Kämpfer» polemisieren, weil er das Bundeskomitee wegen seiner Stellungnahme in der Arbeitslosenfrage fortgesetzt beschimpfe, können wir nur sagen, mit dem Verleumder Bobst diskutiert man nicht. — Mag er sich im eigenen Kot wälzen.

Belustigend ist dagegen schon die Stellungnahme der tapferen Mannen von Schaffhausen, deren Motto zu sein scheint: «Haltet mich, sonst gibt's ein Unglück!» Lesen wir da in der «Schaffhauser Arbeiterzeitung»: «— In Schaffhausen wurde gemäss Beschluss einer Präsidentenkonferenz der Arbeiterunion die ‚Aktion‘ eingeleitet. Sie fand von seiten der Instanzen des Gewerkschaftsbundes keinerlei Unterstützung.» Diese Konstatierung ist geradezu erschütternd. Welchen Beschluss die Präsidentenkonferenz fasste, welcherlei «Aktion» eingeleitet war, in welcher Hinsicht der Gewerkschaftsbund die Unterstützung verweigert hat, davon kein Wort. Es genügt festzustellen, dass dem Bundeskomitee bezüglich einer «Aktion», von Schaffhausen weder ein Wort schriftlich noch mündlich, noch telephonisch, noch telegraphisch mitgeteilt wurde. Was hat nun Schaffhausen in der Sache getan? Am 24. Mai lesen wir in der «Arbeiterzeitung»: «Die Arbeiterschaft muss die Instanzen, die Zentralvorstände und das Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes zwingen, sofort die Abwehr kantonal und schweizerisch zu organisieren.»

Am 13. Juni publiziert die «Arbeiterzeitung» unsere Eingabe vom 8. Juni an den Bundesrat ohne Kommentar.

Am 18. Juni publiziert die «Arbeiterzeitung» die Beschlüsse der Kantonsregierung von Schaffhausen zu den Bundesratsbeschlüssen vom 18. Mai 1923. Der «revolutionäre» Kommentar zu den Beschlüssen der Schaffhauser Regierung lautet: «Der Regierungsrat des Kantons hat, wie aus dem obigen Beschluss hervorgeht, nichts versäumt, um die Arbeitslosenunterstützung im Kanton Schaffhausen überhaupt aufzuheben.»

Das ist die Stellungnahme der Arbeiterschaft in Schaffhausen zum Abbau der Arbeitslosenfürsorge. Es wurde nicht eine einzige Versammlung abgehalten zur Behandlung dieser Frage. Muss man da nicht zum Schlusse kommen, dass die Arbeiterschaft in Schaffhausen von einigen Hanswurst am Narrenseil hergeführt wird?

Der Klassenkampf mit Bundesmitteln. In der Unternehmerpresse macht ein Artikel die Runde, aus dem «Grütli» in Lausanne, das seine ruhmvolle Vergangenheit und seinen Namen dadurch schändet, dass es schreibt: «Ist es aber wirklich angängig, dass eine Vereinigung, die sich dem Klassenkampfe ergibt, vom Bunde subventioniert werde und so auf dem Rücken des Volkes grosse Gewinne machen kann?» Dieses Blatt für Arbeiterinteressen findet es für ganz in der Ordnung, dass der Bauernverband, der Gewerbeverband, der Handels- und Industrieverein, die Christlichen und die Gelben, alles Organisationen, die reine Klasseninteressen verfechten, vom Bunde subventioniert werden, die Arbeiter selber sollen beiseitstehen und zusehen, wie der Klassenkampf der Besitzenden gegen sie selber mit Bundesmitteln immer rücksichtsloser geführt wird.

In gewissen Unternehmerkreisen scheint man nicht übel Lust zu haben, die letzten Rücksichten fallenzulassen und gegen die Subvention des Gewerkschaftsbundes Sturm zu laufen. Warten wir's ab. Sollte die Subvention gestrichen werden, so wäre das allerdings ein untrügliches Zeichen für den Klassenkampf der Unternehmer gegen die Arbeiter, zu dem dann noch verschiedenes zu sagen wäre.

Die Abstimmung vom 3. Juni. Mit 360,397 gegen 262,688 Stimmen ging die Verfassungsänderung über die Alkoholverwaltung bachab, trotzdem alle Parteien offiziell dafür eingetreten waren. Das war ein böser Schlag ins Kontor der Bauern diktatoren von Brugg und in dem Sinne für die Arbeiterschaft eine Ausweitung der Scharte bei den Abstimmungen über die Vermögensabgabe und die Zollinitiative, als bei jenen Abstimmungen die Arbeiter das gesamte Bürgertum gegen sich hatten und diesmal der offizielle Apparat mit grossem Aufwand die Parteiparolen auf Annahme unterstützte.

Dr. Laur sucht die Ablehnungsgründe der Bauern im Freiheits- und Unabhängigkeitsgefühl der Bauern, in der Abneigung gegen das Beamtentum und die Monopole und im Misstrauen gegen die Alkoholverwaltung. Laur mag nicht Unrecht haben. An dieser Mentalität ist aber die Leitung des Bauernverbandes selber schuld. Wenn es ihren Zwecken diene, hat sie diese Einstellung der Bauern dazu benützt, um diese gegen die Beamtenhierarchie, gegen die Kriegswirtschaft, gegen die Werke der Sozialversicherung, gegen direkte Steuern und Vermögensabgabe mobilzumachen. In allen den Fällen, wo die Landwirtschaft Vorteile daraus zog, insbesondere wo es sich um die Freiheit und Unabhängigkeit anderer Volkskreise handelte, liess sie sich die Bevormundung allerdings gerne gefallen, ja sie pfiff auf die Rechte und Freiheiten des Volkes. Wir erinnern an die Preispolitik für Milch und Milchprodukte, an die Kartoffeleinfuhr, an die Weineinfuhr, an die Grenzsperrpolitik des Veterinärarnamtes.

Wir befürchten auch sehr, dass schliesslich die Alkoholverwaltung noch eine Lösung finden wird, durch die den Bauern mit Bundeshilfe der fette Hase in die Küche gejagt wird. Dann werden die Neinsager vom 3. Juni das «vaterländische Opfer» mit Begeisterung auf sich nehmen.



Genossenschaftsbewegung.

Schweizerische Volksfürsorge. Laut Jahresbericht der Schweizerischen Volksfürsorge (Volksversicherung auf Gegenseitigkeit) über das Jahr 1922 ist der Versicherungsbestand im Berichtsjahre von 10,563,178 Fr. auf 12,187,048 Fr. angewachsen. Dadurch haben sich die Einnahmen aus Prämien und Zinsen auf 550,309 Franken erhöht, und das Rechnungsergebnis, das mit einem Einnahmenüberschuss von 64,771 Fr. abschliesst, kann ein äusserst günstiges genannt werden. Die Garantiemittel haben sich seit Ende 1921 von 1,117,931 Franken auf 1,531,222 Fr. erhöht. Vom Einnahmenüberschuss werden 20 % dem statutarischen Reservefonds, 80 % dem Ueberschussfonds überwiesen. Der statutarische Reservefonds steigt dadurch auf 44,099 Franken, der Ueberschussfonds auf 116,608 Fr. an.



Volkswirtschaft.

Zollanschluss Liechtensteins. Am 29. März 1923 ist zwischen der Schweiz und Liechtenstein über den Anschluss des Fürstentums Liechtenstein an das schweizerische Zollgebiet ein Vertrag abgeschlossen worden, der im wesentlichen die folgenden Bestimmungen enthält:

Das Gebiet des Fürstentums Liechtenstein bildet einen Bestandteil des schweiz. Zollgebietes; es dürfen während der Dauer des Vertrages von keiner Seite an der Grenze Abgaben erhoben oder Beschränkungen und Verbote der Ein- und Ausfuhr erlassen werden, sofern solche nicht im Verkehr von Kanton zu Kanton zulässig sind. Angewendet wird die schweizerische Bundesgesetzgebung, soweit der Zollanschluss ihre Anwendung bedingt vor allem somit die Zollgesetzgebung. Die aus der Anwendung der Bundesgesetzgebung erwachsenden Abgaben und Bussen sind in Schweizerwährung zu entrichten. Während der Geltungsdauer des Vertrages wird Liechtenstein mit keinem dritten Staate selbständig Handels- oder Zollverträge abschliessen. Der Zollschutz der liechtensteinisch-österreichischen Grenze wird von der schweizerischen Zollverwaltung übernommen und von der Direktion des III. Zollkreises Chur vollzogen. Die Verfolgung und Bestrafung von Widerhandlungen gegen die in Liechtenstein anwendbare Bundesgesetzgebung geschieht nach Massgabe des Bundesgesetzes betreffend das Verfahren bei Uebertretung fiskalischer und polizeilicher Bundesgesetze vom 30. Juni 1849. Appellationsinstanz ist das Kantonsgericht St. Gallen, Kassationsgericht der Kassationshof des schweizerischen Bundesgerichtes. Die Ausübung der fremdenpolizeilichen Grenzkontrolle wird Liechtenstein überlassen. Dem Fürstentum Liechtenstein soll als Anteil aus den Zöllen und Gebühren, die in Anwendung der Bundesgesetzgebung erhoben werden, ein jährlicher Beitrag von 150,000 Fr. entrichtet werden. Der Vertrag soll auf den 1. Januar 1924 in Kraft treten und für fünf Jahre Geltung haben.



Internationales.

Internationaler Gewerkschaftsbund. Ende Mai fand in Amsterdam eine Bureausitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes statt, die die folgenden Beschlüsse fasste:

Ein dem Bureau vorgelegter Plan betreffend die Propaganda gegen den Krieg soll von der nächsten